

Es ist Zeit für die Wahrheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 08.05.1945 unterzeichnete das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht die Kapitulationsurkunde. Das war eine Kapitulation der Heeresführung nach Art. 35 der HLKO.

Deshalb stand in der Urkunde auch unter Ziffer 4: „Die Kapitulation stellte keine Präjudiz für an ihrer Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die Deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.“

Der nach dem politischen Testament vom 29.04.1945 damals beauftragte Reichspräsident wurde zum Oberbefehlshaber der Deutschen Wehrmacht ernannt.

Der Reichspräsident mußte jedoch in einer Wahl durch das Volk gewählt werden. Daran änderte auch das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich nichts. Mit Ernennung eines scheinbaren Reichspräsidenten wurde durch diesen illegalen Vorgang auch die damalige Regierung rechtsgültig aufgelöst. Deshalb war schon vor dem Kriegsende die vollständige Weimarer Verfassung wieder in Kraft!

Gemäß dieser konnte nach Art. 45 „Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich“ auch nur ein legal vom deutschen Volk gewählter Reichspräsident eine völkerrechtskonforme Kapitulation für das Reich unterschreiben. Das ist aber nicht geschehen. Deshalb hat auch nur die Wehrmacht kapituliert, nicht aber das Deutsche Reich als Ganzes!

Wir betonen ausdrücklich : Wir beziehen uns auf die Weimarer Republik, bzw. das Deutsche Kaiserreich.

Schaffung eines Besatzungskonstruktes „BRD“

Am 01.09.1948 trat in Bonn dann der Parlamentarische Rat mit seinen 65 von den Siegermächten ausgewählten Mitgliedern zusammen und beriet einen Grundgesetzentwurf.

Präsident des Parlamentarischen Rates war Konrad Adenauer, Vizepräsident Carlo Schmidt.

Der Parlamentarische Rat stand allerdings unter ständiger Aufsicht der Siegermächte, die auch an den Bearbeitungen des GG beteiligt waren, um keine freie Entscheidung Deutscher zuzulassen.

Das GG wurde von den Alliierten aufgezwungen und über eine bereits bestehende Verfassung gesetzt, die Weimarer Reichsverfassung.

Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das Deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der Deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer.

Damit ist die BRD von Anfang an ein illegales Konstrukt gewesen und hätte nie errichtet werden dürfen. Mit der Errichtung der BRD und DDR hatten die Alliierten gegen Völkerrecht verstoßen! Da die BRD auch heute kein souveräner Staat ist, hat sie keine eigene Flagge, nutzt den Reichsadler als Wappen und hat bis heute keine Verfassung (Das GG ist keine)

Täuschung durch den 2 + 4 - Vertrag

Die meisten Deutschen glauben, daß Deutschland mindestens seit der „Wiedervereinigung“ wieder ein souveräner, eigenständiger Staat sei. Schließlich soll der 2+4 Vertrag die Souveränität zurückgegeben haben und noch wichtiger als ein Friedensvertrag sein.

Der 2+4 - Vertrag ist eine Täuschung und kann NIEMALS den Friedensvertrag ersetzen, noch wäre er wichtiger als ein Friedensvertrag.

Warum? Der 2+4-Vertrag diente der Auflösung der DDR und dem Rückzug der damaligen UdSSR. Die DDR wurde ein Teil der BRD. Dennoch bleibt die BRD besetzt und ist nicht souverän. (Bundesgesetzblatt 1994 Teil II Seite 26)

Da die UdSSR ausgestiegen ist, sind es nur noch 3 Mächte (USA, UK, Frankreich), was den Kontrollratsbestimmungen widerspricht.

Auf Druck der 3 Mächte müssen immer mehr Kasernen schließen, bis die Zahl der Soldaten auf 370.000 gesunken ist.

Unterschlagung der Ostgebiete

Allgemein ist die ehemalige DDR als der „Osten“ bekannt. Auch hier handelt es sich um eine Täuschung, um unangenehmen Fragen aus dem Weg zu gehen, denn geografisch betrachtet ist es Mitteldeutschland und nicht der Osten. Ostdeutschland liegt ganz woanders.

Sogar bekannte Parteien haben für eine echte Wiedervereinigung geworben! (CDU & SPD)
Warum hat man diese Versprechen nicht gehalten?

Zitat von Winston Churchill: *„man solle die polnische Gans nicht so voll deutscher Nahrung stopfen, daß sie Bauchschmerzen bekomme“.*

Dennoch sind alle Verträge der Alliierten juristisch ungültig. Daran ändert auch der 2+4-Vertrag nichts. Sogar die Gründung der BRD und DDR hat gegen Völkerrecht verstoßen.

Die BRD ist ein Konstrukt, aufgebaut auf Lügen und dreiste Täuschung.

De facto besteht Deutschland in den Grenzen von 1937 auch heute noch. Es besteht in diesen Grenzen, weil das Nazi-Reich (3. Reich) illegal und unmenschlich war.

Machen Sie sich bitte bewusst, daß wir uns nicht auf das Nazi-Reich beziehen! Wir beziehen uns auf die Weimarer Republik, bzw. das Deutsche Kaiserreich.

Bis heute gibt es keinen Friedensvertrag. Der Osten wird immer noch von Polen verwaltet. Ein GG wurde rechtswidrig über die bestehende Verfassung gesetzt.

Vor der „Wiedervereinigung“ wurde der Art. 23 a. F. aus dem GG gestrichen. Damit ist auch der Geltungsbereich erloschen. Dies geschah am 18.07.1990. Danach hörte die BRD juristisch auf, zu existieren.

Der 03.10.1990 wird uns als Tag der „Wiedervereinigung“ der DDR und BRD verkauft. Ist das damals rechtlich tatsächlich alles einwandfrei gelaufen? NEIN!

Am 14.10.1990 wurden laut Verfassungsgesetz der DDR die „Länder“ Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen gegründet. Die angebliche „Wiedervereinigung“ fand jedoch bereits am 03.10.1990 statt. Zu diesem

Zeitpunkt waren die neuen Länder noch gar nicht gegründet. Die Hochzeit fand also schon vor der Geburt statt?

Warum heißt unser Personalausweis „Personalausweis“? Sind wir denn keine Bürger, sondern Personal, also Angestellte? Angestellte von wem? Zudem steht in unserem Paß unter Staatsangehörigkeit „deutsch“. Unsere wahre Staatsangehörigkeit steht im GG in Artikel 116.

Warum steht im GG an 13 Stellen der Begriff „Geschäft...“? Es werden darin die Begriffe „Geschäftsordnung“, „Geschäfte“ und „Geschäftsbereich“ verwendet. Sehen so nicht eher Gesellschaftsverträge von GmbHs aus? Seltsam. Aus Arbeitsämtern wurden Arbeitsagenturen. Aus Antragstellern wurden Kunden.

Es gibt eine interessante Bemerkung von Sigmar Gabriel: „Wir haben gar keine Bundesregierung! Wir haben, Frau Merkel ist die Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland. Das ist das, was hier ist!“

Zusammengefaßt:

Die BRD ist eine Organisation. Die Angehörigen des Völkerrechtssubjekts Staat Deutsches Reich sind angebliches Personal. Die BRD hat keine Verfassung und kein eigenes Staatsangehörigkeitsgesetz, also auch keine eigenen Bürger. Eine Wiedervereinigung von Deutschland als Ganzes gab es nicht. Das Deutsche Reich besteht auch heute noch.

In diesem Zusammenhang weisen wir auf den Bericht der Rittersturzkonferenz hin, in dem das Land Bayern eine simulierte Improvisation eines Staates mit einer Verfassung ist.

<http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/rittersturzkonferenz.pdf>

Die Haager Landkriegsordnung von 1907 ist das verbrieftete Recht aller Völker der Erde und ist als Völkerrecht korrekt definiert.

Das geltende Völkerrecht kann und darf weder von Einzelpersonen, noch von Regierungen oder einem von diesen Beauftragten „*Umgedeutet*“, ignoriert noch missbraucht werden. Diese Tatsache gilt auch für „Siegermächte“!

Auszug aus den Kontrollratsbeschlüssen: (nach dem Amtsblatt des Kontrollrats für Deutschland – nach Festlegung des Potsdamer Abkommens von 1945 in Sicilienhof)

Zu I. Feststellung

1. Während der Zeit, in der Deutschland die sich aus der bedingungslosen Kapitulation durch die Deutsche Wehrmacht ergebenden grundlegenden Forderungen erfüllt, wird in Deutschland die oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern der Streitkräfte Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Rußlands und Frankreich auf Anweisung ihrer Regierungen ausgeübt. Die vier Oberbefehlshaber bilden zusammen den Kontrollrat.

Jeder Oberbefehlshaber wird von einem politischen Berater unterstützt.

2. Der Kontrollrat, dessen Entscheidungen einstimmig getroffen werden **müssen**, trägt für eine gemeinsame **Einheitlichkeit** des Vorgehens der einzelnen Befehlshaber in ihren entsprechenden Besatzungszonen Sorge und trifft im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über die **alle Deutschland als Ganzes** betreffenden wesentlichen Fragen. Mit diesen nach geltenden völkerrechtlichen Festlegungen ist eine gemeinsame

einheitliche Entscheidung durch den Kontrollrat das unumstößliche Gebot, für Deutschland als Ganzes Entscheidungen zu treffen.

Nach geltendem Völkerrecht gilt bei der Teilnahme mehrerer Feindstaaten an den Kriegseinsätzen und Kampfhandlungen die Macht als Hauptsiegermacht, die die Hauptstadt des Kriegsgegners als erste besetzt. Dies trifft in diesem Fall die Reichshauptstadt Groß – Berlin, als auch für die spätere Hauptstadt Wien, dem Protektorat Österreich, das sich durch eine Volksabstimmung anno 1938 dem Deutschen Reich angeschlossen hat.

Rußland als Hauptsiegermacht hat genau wie eine Reihe anderer Feindstaaten bereits 1952, dem Deutschen Reich in den festgelegten Grenzen von 1937 einen Friedensvertrag angeboten und hat seinen Friedensvertrag auf der Genfer Konferenz vom 18. bis 23. Juli 1955 in Genf, unter Teilnahme der Regierungschefs der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs wiederholt eingebracht.

Auf dieser Konferenz haben die Westmächte diesen Friedensvertrag n i c h t angenommen und Konrad Adenauer hat der „*weiteren Besetzung Deutschlands auf weitere 50 Jahre zugestimmt*“ – Zitat aus Fred Oelsner, über die Bedeutung der Genfer Konferenz der Regierungschefs der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Juli 1955, Seite 50 -

Sämtliche Friedensverträge der Feindstaaten an das Deutsche Reich, die an das Verwaltungsgebilde der Trizone, der Westalliierten, der so genannten „Bundesrepublik Deutschland“ gelangt sind, wurden den Staatsbürgern/rinnen des fortbestehenden Deutschen Reich durch den Bundeskanzler Dr. Adenauer vorenthalten.

Aus dem v. g. Sachverhalt ist die eindeutige Feststellung abzuleiten, das sowohl die Ablehnung der Annahme der Friedensverträge als auch durch die Duldung der Westmächte die Zustimmung Adenauers zur weiteren Besetzung Deutschlands von 50 Jahren, nicht nur ein eklatanter Recht(s)bruch des geltenden Völkerrecht – der HLKO 1907 – ist, sondern ein Verbrechen am Deutschen Volk, das ausschließlich nach Völkerstrafrecht zu ahnden sein wird.

Weiterhin ist die Feststellung zulässig, daß sämtliche Militärgesetze und Befehle völlig unwirksam sind durch das NICHT – Erfüllen des Pkt. 2, „*Der Kontrollrat, dessen Entscheidungen **einstimmig getroffen werden müssen**, trägt für eine gemeinsame **Einheitlichkeit** des Vorgehens der einzelnen Befehlshaber in ihren entsprechenden Besatzungszonen Sorge und trifft im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über die **alle Deutschland als Ganzes** betreffenden wesentlichen Fragen.*“

Durch das Verhindern der einheitlichen Entscheidungen durch Mitglieder des alliierten Kontrollrat in Bezug auf Deutschland als Ganzes, haben die Militärgesetze und Befehle zu keinem Zeitpunkt Rechtswirksamkeit erlangt, d.h. für das seit 1945 fortbestehende Deutsche Reich in den Grenzen von 1937(39) gilt vollumfänglich die Recht(s)ordnung des Staates Deutsches Reich auf der Grundlage der Weimarer Reichsverfassung von 1919 in Verbindung mit der Reichsverfassung von 1871.

Mit dem Überleitungsvertrag und unter Bestätigung der Bereinigung des Besatzungsrechtes vom November 2007, wurde die gesamte Rechtsgrundlage auf den Stand vom 23.Mai 1945 zurück gesetzt. Seitdem besteht Stillstand in der Rechtspflege durch Kriegszustand, so wie in §245 der für die „BRD“ aufgehobenen ZPO.

Die Bundesrepublik kann nicht mehr Rechte vergeben, als sie selbst hat. Sie ist nach Militärverordnung Nr. 55 ohne Rechtspersönlichkeit und nur teilgeschäftsfähig als Verwaltung (Bi-Zonenvertrag) zugelassen und gegründet worden.

Da die Bundesrepublik in Deutschland eine demokratische Wirtschaftsverwaltung (Art. 133 GG) ist, gilt daher ausschließlich das Verwaltungsverfahrensgesetz und **nicht** die Prozeßordnung. Gemäß §§2 iVm. 43, 44 VwVfG bezüglich der Nichtigkeit liegt Unzuständigkeit (Art. 1, 25, 140 GG) vor, denn

diese Gesetze gelten **nicht** für die Tätigkeit der Kirchen, der Religionsgesellschaften und **Weltanschauungsgemeinschaften sowie ihrer Verbände und Einrichtungen!**

Artikel 133 GG
Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der **Verwaltung** des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

es gilt somit VwVfG!!!! (Nicht das Prozessrecht)

§ 2 VwVfG Ausnahmen vom Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt **nicht** für die Tätigkeit der Kirchen, der Religionsgesellschaften und **Weltanschauungsgemeinschaften** sowie ihrer Verbände und Einrichtungen.

In unserer Gemeinschaft sind die Mitglieder nach Art. 1 GG natürliche Personen mit individuellen Rechten nach Völkerrecht, die die Bundesrepublik oder die Länder nicht kennen und nicht praktizieren (Art. 6-7 EGBGB).

Die BRD-Verwaltungsorgane sind analog §42 VwVfG gehindert, unsere Gemeinschaft in Abrede zu stellen und unsere Mitglieder und sonstiges Gemeinschaftsgut zu verletzen.

Hierzu weisen wir auf die Grundsatzentscheidung des europäischen Gerichtshofes (ECHR 76680/01, Randziffer 63-64) zur Unterbrechung der staatlichen Rechtspflege durch Stillstand hin, "... so erinnert der Gerichtshof daran, daß die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht **nicht als wirksame** Beschwerde im Sinne des Artikels 13 der Konvention angesehen werden kann, und ein Beschwerdeführer demnach nicht verpflichtet ist, von diesem Rechtsbehelf Gebrauch zu machen, auch wenn die Sache noch anhängig ist (Sürmeli ./.. Deutschland[GK], Nr. 75529/01, Rdnrn. 103-108, CEDH 2006-...) oder bereits abgeschlossen wurde (Herbst ./.. Deutschland, Nr. 20027/02, 11. Januar 2007, Rdnrn. 65-66). Somit ist die prozessuale Einrede der Regierung zurückzuweisen....".

http://www.coe.int/t/d/menschenrechtsgerichtshof/dokumente_auf_deutsch/volltext/urteile/20070510-S.asp#TopOfPage

Den juristischen Nachweis, warum alle Deutschen in Deutschland rechtlos gestellt sind, lesen Sie bitte in unserer Petition vom 07.12.2009 an den Deutschen Bundestag nach, die Sie auf unserer Internetseite unter den Dokumenten finden, die Sie für Ihre persönlichen Beschwerden auch gerne verwenden können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ZDS-DZfMR-Team
03.10.2010

<http://zds-dzfmr.de/>